



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/224 - 28. September 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 836 590

Der Kanzler und die zwölf Monate	S. 1
Tito auf der Krim	S. 2
Eine wissenschaftliche USA-Publikation über Adenauer	S. 3
Die "Beratungsstelle für Betriebschutz"	S. 5

## Seltsame Vorgeschichte einer Wandlung

sp. "Und so glaube ich, dass bei einer nüchternen Betrachtung der Situation in den Vereinigten Staaten eine irgendwie grundlegende Veränderung in der politischen und strategischen Auffassung nirgends festzustellen ist." So Bundespresseschef Botschafter v. Eckardt am 6. August d.J. über Radio Saarbrücken am Schluss eines Interviews, dessen Kernstück die aus den USA mitgebrachte Empfehlung war, eine Dienstzeit von zwei Jahren einzuführen, "da alle Fachleute meinen, eine kürzere Dienstzeit ermögliche eine exakte Ausbildung auf technischem Gebiet heute nicht mehr."

Am 17. Juli hatten <sup>York</sup> "New York Times", "New Herald Tribune" und "Washington Post", also die drei angesehensten amerikanischen Zeitungen, die strategische Konzeption veröffentlicht, die unter dem Namen Radford-Plan bekanntgeworden ist. In der Veröffentlichung hieß es u.a.,

"die ganze Frage (stärkere Umstellung auf Atomwaffen, d.Rd.) wird im Herbst in der NATO besprochen werden. Es stellt sich dabei auch die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland wirklich alle zwölf Divisionen braucht, die bisher in der Planung der NATO vorgesehen waren. Ein gewisser deutscher Beitrag an die Verteidigung des Westens ist nach wie vor notwendig, aber vielleicht nicht mehr in der bisher geplanten Stärke, und eine nukleare NATO braucht weniger hohe Mannschaftsbestände."

Auf den weiteren Inhalt braucht hier nicht mehr eingegangen zu werden, da er in unzähligen Abhandlungen wiedergegeben und kommentiert worden ist.

Am 18. Juli erklärte Außenminister Dulles, er sehe keinen -2-

politischen Einwand gegen eine Reduktion der Truppenzahl der freien Welt, wenn eine solche Massnahme von den militärischen Führern empfohlen werden sollte.

Am 21. Juli wurde in einer Botschafterkonferenz in Bonn in Anwesenheit Adenauers, Brentanos, Blanks und Heusingers beschlossen, bei den Regierungen in Washington, London, Paris und Rom ernste Einwendungen gegen eine grundsätzliche militärische Umstellung auf Atomwaffen vorzutragen. In einer Mitteilung darüber hiess es:

"Der Kanzler vertritt in Übereinstimmung mit dem Kabinett die Auffassung, dass bei einseitiger Betonung der Entwicklung der nuklearen und bei gleichzeitigem Zurückstellen der herkömmlichen Waffen sowie einer Reduzierung der Mannschaftstärke die Gefahr eines Atomkrieges im Falle eines Konfliktes sich erhöhen würde. Die Berichte, die die Botschafter erstatteten, haben diese Auffassung der Bundesregierung bestätigt."

Jetzt hat sich der Bundeskanzler bei dem Versuch, seinen radikalen Auffassungswandel in der Frage der Wehrdienstzeit zu erklären, plötzlich auf jene "Nachrichten amerikanischer Zeitungen" bezogen, nachdem in den vergangenen zwei Monaten Äusserungen dieser Art mit aller Gewalt bagatellisiert und als unverbindliche Privatmeinung einiger hochgestellter Offiziere abgetan worden waren. Mit seinem durch die Tatsachen erzwungenen Bekenntnis zu einer einjährigen Dienstzeit hofft der Kanzler, einem unausweichlichen wahltaktischen Bedürfnis zu entsprechen. Mit der Veröffentlichung der Vorgeschichte dieses Entschlusses aber soll offenbar der amerikanischen Regierung eine Quittung dafür erteilt werden, dass sie den Kanzler bei seinem letzten Besuch in USA über die beabsichtigte Kohrtwendung in der grossen strategischen Planung auch nicht andeutungsweise unterrichtete - so wie auch seine später nach drüber entsandten Vertrauensleute, Botschafter v. Bokardt und General Heusinger, wenigstens so weit man es erfahren hat, im Dunkeln gelassen und vielleicht sogar ein bisschen hinteres Licht geführt wurden. Denn es liegen nun einmal aus der fraglichen Zeit auch offizielle amerikanische Erklärungen vor, die Adenauer in seiner ursprünglichen Auffassung, es habe sich nichts geändert, bestärken mussten, obwohl ganz ohne Zweifel die Dinge in den USA im Sinne des Radford-Planes schon sehr weit gediehen waren. Ein eigenartiger Dank für treueste, langjährige Dienste.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen Bonn und Washington macht zur Zeit, trotz eines gelegentlichen demonstrativen Händeschüttelns, eine Krise durch. Sie ist nicht vergleichbar mit der eisigen Atmosphäre des westdeutsch-russischen Verhältnisses. Aber sie ist bemerkenswert genug angesichts der Vergangenheit dieser Beziehungen. Die Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik kann nur noch von denen übersehen werden, die davor die Augen gewaltsam verschliessen. Auch Adenauer spürt sie. Deshalb sein verzweifelter neuer Anlauf, wenigstens in Europa einiges von dem Terrain zurückzuerobern, das er im Umgang mit den beiden wirklich Grossen verloren hat.

\* \* \*

#### Rätselraten um einen Flug

ler. Es müssen Gründe zwingender Natur gewesen sein, die den Beherrscher Jugoslawiens bewogen haben, zur Überraschung seiner unmittelbaren Umgebung und der Welt wieder "einige Urlaubstage" in der Sowjetunion zu verbringen. Mit ihm flog Chruschtschow, Generalsekretär der russischen Bolschewiki. Der einwöchige Aufenthalt Chruschtschows in Jugoslawien gab der Welt sowieso schon einige Rätsel auf, seine -2a-

28. 9. 1956

Rückreise mit Tito vermehrt sie um ein vielfaches.

Das jugoslawisch-sowjetrussische Verhältnis steht nicht gerade zum besten - trotz der Ehrungen, die Tito während seines Sommeraufenthaltes in der Sowjetunion bereitet wurden. Ein durch Indiskretion bekannt gewordenes vertrauliches Schreiben Chruschtschows an die KP-Führer in den Satellitenstaaten mit der deutlichen Warnung, den jugoslawischen Weg zum Sozialismus nicht allzu wörtlich zu nehmen, da die jugoslawischen Kommunisten nicht ganz waschecht seien, musste Tito, einen besonders empfindlichen Mann, schwer treffen. Offenbar versuchte Chruschtschow, den Verdacht Titos, dass sich die Sowjetunion wieder in die "inneren Verhältnisse" der einzelnen Länder einmischen wolle, zu entkräften, ein Verdacht, der freilich nicht erst durch das Rundschreiben ausgebeutet wurde. Nicht mit ungetrübter Freude sieht heute Moskau die Folgen der Entstalinisierung im Satellitenbereich. Am weitesten ist dieser Prozess in Polen fortgeschritten, am wenigsten in Belgrad benachbarter Bulgarien und Rumänien. Ausdrücklich hatte im Juli Bulganin den Polen die Grenzen ihres Selbstständigkeitsdranges mit der Bemerkung gezogen, alle nationalen Sonderwünsche und alle Forderungen nach einer Ausweitung der Demokratie widersprechen den Interessen der Völker und bedrohen die Sache des Sozialismus. Das war deutlich genug.

Die Entstalinisierung gestattet wohl eine gewisse Auflockerung des Polizeiregimes, aber sie darf nicht so weit gehen, dass die kommunistische Herrschaft im Satellitenbereich und der Griff der Sowjetunion über die Satelliten überhaupt in Frage gestellt wird. Offensichtlich befürchten mächtige Kräfte im Kreml einen möglichen Zerfall des Ostblocks, wenn sie jeden Staat seinen Weg zum Sozialismus ohne Moskauer Führung gehen lassen. Damit aber wird ein Grundprinzip der Vereinbarungen zwischen Tito und Chruschtschow ausser Kraft gesetzt. Die Titolisten in den Satellitenländern, durch den seinerzeitigen Genossengang Chruschtschows ermutigt, sehen sich von jenen bedrängt, die die absolute Unterwerfung unter Moskau höher als die Interessen ihres Landes stellen. Am deutlichsten ist das in den Beziehungen zwischen Belgrad und Sofia erkennbar. Tito glaubte anscheinend, über drei Jahre nach Stalins Tod wäre das Klima für die Schaffung einer Balkanföderation unter Belgrads Führung günstiger als zu Stalins Lebzeiten. Er ist dabei nicht nur auf den Widerstand Sofias gestossen, das sich seiner Werbung versagte, sondern auch auf die Ablehnung durch die Sowjetunion, die durch Titos Balkanpläne ihren Einflussbereich bedroht sieht.

Chruschtschow kam anscheinend mit Tito nicht zu Rande. Die Kette der strittigen Gesprächsthemen und Fragen, die die Interessen Belgrads und Moskaus betreffen, liesse sich um viele Glieder vermehren. Es fragt sich, wer wen stärker benötigt. Auch die Deutung, dass Chruschtschow das Prestige eines Tito braucht, um mit den Stalinisten im Kreml fertig zu werden, hat viel für sich. Er war es, der durch seine Enthüllungen über den toten Stalin erst jene grosse Welle in den Satellitenländern ausgelöst hat, die die Führungsspitze des Kreml so stark beunruhigt. Diese Welle legte Kräfte bloss, die mit der Zeit wohl in der Lage wären, ähnlich wie Jugoslawien ihre Unabhängigkeit von Moskau zurückzugewinnen.

"Gefangener der amerikanischen Aussenpolitik"

O.L., New York, Ende September 1956

In Washington ist soeben eine sehr aufschlussreiche Publikation über die amerikanische Aussenpolitik und die Notwendigkeit ihrer gründlichen Überprüfung erschienen. Das Buch, "America's Foreign Policy 1945/55" (Amerikanische Aussenpolitik 1945/55) gibt eine Übersicht über die Entwicklung der amerikanischen Aussenpolitik im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Das Buch, das 535 Seiten umfasst, ist von einer der bekanntesten und angesehensten wissenschaftlichen Forschungsgesellschaften Amerikas, der Brookings Institution in Washington, herausgegeben. Es stützt sich auf eine umfangreiche Literatur und die Wiedergabe offizieller Dokumente. In einem Präsidentschaftswahljahr und angesichts der von der gesamten amerikanischen Öffentlichkeit anerkannten Notwendigkeit, gewisse Positionen Amerikas in der Welt und gewisse Vorstellungen über seine Aussenpolitik einer Neubewertung zu unterziehen, kommt dem Buch gerade in diesen Wochen erhöhte praktische Bedeutung bei. Kennzeichnend ist es, dass die halb-offizielle Publikation über die deutsche Frage und die amerikanische Aussenpolitik gegenüber Deutschland und der Spaltung Deutschlands einige zumindest von den offiziellen Diplomaten sorgsam gehütete Geheimnisse preisgibt.

Was über die Beziehungen zwischen der amerikanischen Diplomatie und dem deutschen Bundeskanzler gesagt wird, dürfte für die deutsche Öffentlichkeit zwar nichts Neues sein, soweit sie sich über das wirkliche Verhältnis zwischen Bonn und Washington keinerlei Illusionen machte. Aber das entsprechende wissenschaftliche Zugeständnis von amerikanischer Seite hat ausgesprochenen Seltenheitswert. Auf Seite 427 heisst es (in einer Darstellung von Veränderungen, die sich in den Beziehungen der USA zu den nicht-kommunistischen Ländern und zu den Alliierten ergeben hatten):

"Wachsende Unabhängigkeit in der Aussenpolitik Westdeutschlands war eine unmittelbare Konsequenz der steigenden Macht Deutschlands, zu der die Vereinigten Staaten und die nordatlantische Vertragsgemeinschaft (NATO) beigetragen hatten. Obwohl der deutsche Kanzler in gewisser Beziehung ein Gefangener seiner Verpflichtung gegenüber der amerikanischen Aussenpolitik war, waren die Vereinigten Staaten dementsprechend auch ein Gefangener der Notwendigkeit, die Autorität des Kanzlers aufrechtzuerhalten..."

Hier hat man es schwarz auf weiss: nach den Ergebnissen dieser Untersuchung über die deutsch-amerikanischen Beziehungen war sowohl der deutsche Bundeskanzler ein Gefangener Washingtons, und andererseits fühlte sich Washington verpflichtet, in der Aussenpolitik nichts zu unternehmen, was dem deutschen Bundeskanzler - offenbar in der deutschen Innenpolitik - schaden könnte. Selten wohl ist die Beziehung der amerikanischen Diplomatie zu einer einzigen politischen Persönlichkeit und deren politischen Interessen so eindeutig umrissen worden wie hier.

Was aber diese gegenseitige "Verpflichtung" bedeutete und worauf sie sich gründete, wird an einer anderen Stelle des Buches sehr deutlich gesagt; auf Seite 458/459 heisst es in einer längeren Darstellung:

"Informierte Beobachter haben schon seit langem die Behauptung

aufrechterhalten, dass die Teilung Deutschlands die konkrete Realität ist, während die deutsche Wiedervereinigung das sehr entfernte Ziel darstellt. Trotz der gegenteiligen offiziellen Erklärungen haben die Ereignisse dahin gewirkt, diese Meinung doch zu bestätigen. Eine Beilegung des deutschen Problems ist von der europäischen Sicherheit und von der Definition, die die Sowjets von ihrer eigenen Sicherheit geben, nicht zu trennen. Obwohl also das deutsche Problem auf der Oberfläche unverändert geblieben ist, war die kennzeichnende Entwicklung die einer Sicherheit auf Grund des Status Quo Europas. Diese Entwicklung wurde im Zusammenhang mit der Konferenz der Grossmächte im Jahre 1955 (der Genfer Konferenz der Staatsoberhäupter, d.Red.) deutlich sichtbar. Zur selben Zeit wurde so deutlich, wie solche Dinge eben klargestellt werden können, gezeigt, dass der Status Quo wenn auch nicht erwünscht, so doch für beide Seiten erträglich ist; zumindest erträglicher als die Kosten eines Versuches, ihn zu ändern. Dieses Geständnis wurde von der Sowjetunion deutlich gemacht, die in einer besseren Position war, die Tatsache zu akzeptieren, dass das deutsche Problem auf unabsehbare Zeit ungelöst ist. Nachdem die Sowjetunion diese Haltung eingenommen hatte, konnte sie weitere Entwicklungen abwarten.

Es gab mehrere Zeichen, dass die westdeutsche Republik einige Aktionsfreiheit wiedergewann. Vom Sowjetstandpunkt waren die Westmächte zu einer starren Position in Bezug auf eine Beilegung der deutschen Frage verpflichtet, während die Sowjetunion nicht so festgelegt ist. Wenn daher die westdeutsche Republik versuchen wollte, eine Lösung der deutschen Frage zu erreichen, hätte sie keine Wahl, als in zweiseitiger Methode vor der Sowjetunion ausfindig zu machen, ob eine Verhandlung theoretisch möglich wäre. Es gäbe nur zwei Wege, auf denen die Westmächte einer solchen Entwicklung entgegenarbeiten könnten. Der eine wäre, eine mehr flexible Haltung einzunehmen. Aber das wäre nicht möglich, ausser wenn sie bereit wären, die deutsche Frage von der westeuropäischen Sicherheit auf Kosten der gegenwärtigen Sicherheitsvorkehrungen zu trennen. Die Politik der Vereinigten Staaten könnte einen solchen Weg nicht akzeptieren. Die andere Methode wäre, jede Rede von deutscher Wiedervereinigung fallenzulassen und zu versuchen, die Westdeutschen zu überreden, eine endgültige Teilung anzunehmen. Das wäre aber eine ausserordentlich ungeschickte Veränderung und ihre Konsequenzen wären unabsehbar. Es wäre aber doch eine entfernte Möglichkeit und sie würde lediglich den Status Quo bestätigen, der für die Sowjetunion annehmbar ist.

So ist das deutsche Problem ebenfalls für eine Überprüfung durch die Vereinigten Staaten in dem Sinne reif geworden, ein Muster für Ziel und Aktion ihrer Aussenpolitik in einem veränderten internationalen System zu entwerfen. Aber zum Unterschied von anderen Teilen der Welt ist der Bereich, innerhalb dessen neue und annehmbare Möglichkeiten in Europa vorhanden sind, sehr eng; hier bedeutet der Status Quo der Sicherheit, der zum grossen Teil durch amerikanische Anstrengungen erreicht wurde, zumindest einen Vorzug gegenüber jeder Veränderung, die jetzt vorhergesehen werden kann."

Es ist nicht notwendig, ein Wort der Erklärung hinzuzufügen. Noch selten ist die deutsche Frage in einer amerikanischen Publikation mit solcher Klarheit und Aufrichtigkeit, aber auch mit solchem Zynismus besprochen worden wie hier. Der Vorgang vor dem Hintergrund nicht nur der amerikanischen, sondern auch der Aussenpolitik der Bundesrepublik ist hier rücksichtslos aufgezogen worden. \* \* \* - 5 -

Gemeinsame Privatpolizei von NATO und Industrie?

fsg. Seit Wochen kursieren in der Öffentlichkeit Meldungen und Gerüchte über die Bildung von Spionageabwehrstellen in der Industrie. Keine damit im Zusammenhang genannte Behörde oder Organisation hat dazu ein Dementi oder sachliche Aufklärung gegeben. Was bisher aber bekannt wurde, verdient eine öffentliche Erörterung, da die Interessen und Belange eines grossen Teiles der Arbeitnehmerschaft berührt werden, weil die Aushöhlung gesetzlicher Schutzbestimmungen für diese Arbeitnehmerschaft befürchtet werden muss.

Der Anlass zur Gründung einer sogenannten "Beratungsstelle für Betriebschutz" ist in dem Wunsch eines Teiles der deutschen Industrie nach Rüstungsaufträgen zu suchen. Seit der Zeit, da der Bundesverband der deutschen Industrie mit der NATO darüber verhandelte, kursieren auch die Meldungen über die Notwendigkeit einer Spionageabwehr der Industrie.

Es heisst, dass die NATO der Erteilung von Rüstungsaufträgen an deutsche Firmen nur unter der Voraussetzung zugestimmt habe und auch zukünftig zustimmen werde, dass die auftragserheischenden Firmen nachweisen können, dass bei ihnen keine Spionagegefahr bestände. Die Beratungsstelle für Betriebschutz, die nach den auch nicht dementierten Meldungen eine Gründung des Bundesverbandes der Industrie ist und seiner Obhut untersteht, soll sich gegenüber der NATO für diese Firmen verbürgen. Daraus muss geschlossen werden, dass dieser Einrichtung eine halboffizielle Stellung zuerkannt wurde. Wenn sie diesen Charakter bisher auch noch nicht durch einen Verwaltungsakt erhielt, so lassen doch die skizzierten Befugnisse keinen Zweifel über die Machtfülle und Bedeutung einer solchen Einrichtung. Betriebe, die sich um sogenannte geheime Rüstungsaufträge bewerben, müssen gegenüber der Betriebschutz-Zentrale ihre Personalunterlagen offenlegen, die die Entfernung von Personen aus einzelnen Betriebsabteilungen oder aus den Betrieb überhaupt verlangen kann. Je mehr die Rüstung anläuft, umso mehr werden sich die Rechte dieser Spionageabwehrstelle ausweiten.

In der Industrie wird diese Entwicklung stillschweigend, wenn auch nicht gerade wohlwollend, hingenommen. Die Chance irgendwelcher Rüstungsaufträge lässt aber gar keine Kritik laut werden. Andererseits haben die zunehmenden Spionagefälle ein nicht unbeträchtliches Unbehagen ausgelöst.

so dass eine Bereitschaft und Notwendigkeit zur Spionageabwehr vielfach bejaht wird. Das ändert aber nichts daran, dass diese Überlegungen und bisher bekannt gewordenen Maßnahmen mit dem Betriebsverfassungsgesetz kollidieren. Die Arbeitnehmerschaft wird gewissermaßen einer anonymen Institution schutzlos ausgeliefert. Nichts anderes ist es doch, wenn eine ausserhalb des Betriebes stehende oder als Fremdkörper in den Betrieb eingebaute Instanz die Beurteilung einzelner Belegschaftsmitglieder vornimmt, ohne die Betroffenen selbst zu hören und vielfach ohne Begründungen Anweisungen und Empfehlungen gibt. Das ist ein Verstoss gegen "die guten Sitten" und auch gegen "Freu und Glauben".

Das Betriebsverfassungsgesetz hat hinsichtlich personeller Maßnahmen den Betriebsräten nur geringe Rechte eingeräumt. Dieser Mangel wird angesichts der neuen Entwicklung unerträglich. Aber nicht nur das. Die begründete Vermutung, dass, offenbar in Übereinstimmung mit der NATO und dem Bundesverteidigungs- wie auch dem Innenministerium, private Einrichtungen offizielle Aufgaben übernehmen, ohne dass dabei die Rechte der Betroffenen, also der Arbeitnehmerschaft, und auch die Rechte und Pflichten dieser Institution festgelegt wurden, lässt doch Demokratie und Grundgesetz in einem fragwürdigen Licht erscheinen.

\* \* \*

#### Die Früchte der Adenauer-Politik

Uns wird geschrieben:

Prof. Dr. Wilhelm Hausenstein, erster Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Frankreich, Wegbereiter eines neuen Verstehens zwischen Deutschen und Franzosen, durch Jahrzehnte und in den dunkelsten Zeiten der deutsche Geschichte einer der geistreichsten Repräsentanten deutscher Kultur, geachtet und respektiert in vielen Ländern der Welt - Hausenstein ist in den Ruhestand getreten und wird 300.-- DM (dreihundert) monatlich erhalten, von denen er leben muss. Dieses Almosen, firmiert als "Künstlerhilfe", wurde auch nur gewährt, nachdem der Bundespräsident sich für Hausenstein verwandt hatte.

Pension bekommt dieser um Deutschland verdiente Mann nicht; die zahlt die Bundesrepublik an ehemalige Gauleiter, Kreisleiter, SS- und SA-Führer, Staatsanwälte und ähnliche Sachwalter eines verbrecherischen Regimes. Sie waren "Beamte", der Botschafter war es nicht. So sehen die Früchte der Politik Konrad Adenauers aus.

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau